

Sehr geehrte Mitglieder,

am 24. September 2017 findet die Wahl der Abgeordneten zum 19. Deutschen Bundestag statt. Eines vorweg: Gehen Sie wählen! Nur dann bestimmen Sie über die Machtverteilung mit!

Der DPB hat seine Vorstellungen zu Veränderungen in der Gesundheitsversorgung bereits vor ziemlich genau einem Jahr formuliert und in einem Positionspapier wie auch in einem Forderungskatalog zur Bundestagswahl festgehalten. Diese sind über die DPB-Internetseite zugänglich und wurden den Parteien schon frühzeitig übermittelt.

Zusätzlich hat der DPB die im Bundestag vertretenen Parteien um die Beantwortung von vier speziellen Fragen zur Psoriasis gebeten, bei denen es insbesondere um mit der Erkrankung zusammenhängende, finanzielle Auswirkungen für die Erkrankten ging. Die Antworten der Parteien sollten im PSO Magazin nebeneinander dargestellt werden und Ihnen einen Überblick über die Positionen der Parteien geben. Das erfolgt nicht. Es haben leider bis zum Redaktionsschluss nicht alle Parteien reagiert.

Trotzdem: Gehen Sie wählen! Entscheiden Sie sich für die Partei(en), bei denen Sie in Ankündigungen gesetzlicher Vorhaben die größte Deckung mit Ihren persönlichen Präferenzen erkennen. Perfekt ist vermutlich keine Partei – und auch kein Abgeordneter. Und was letztendlich im Koalitionsvertrag formuliert werden wird, muss nicht unbedingt mit den Wahlversprechen in Einklang stehen.

Wer sich mit den Überlegungen der Parteien zur zukünftigen Gesundheitsversorgung befasst, wird unschwer feststellen, dass dieses gesellschaftlich bedeutsame Thema von vielen Parteien als weitgehend unwichtig erachtet wird. „Mit Gesundheitspolitik werden keine Wahlen gewonnen“, scheint Devise zu sein. Das ist bemerkenswert. Gerade Gesundheit ist doch das höchste Gut des Menschen! Reflexartig wird wieder nur um die Bür-



gersversicherung oder die Kopfpauschale als Beitragsgrundlage für die Krankenversicherung gestritten. Offenbar nehmen es die Parteien inzwischen als gegeben und unveränderbar hin, dass gesetzlich Versicherte im Krankheitsfall mit einem hochkomplexen und weitgehend intransparenten System konfrontiert sind. Welcher Kranke blickt da noch durch?

Wie soll eine ehrliche, partnerschaftliche und gemeinsame Entscheidung von Patient und Arzt gelingen, wenn Therapien von ökonomischen Zwängen wie Rabattverträgen und Verordnungsquoten bestimmt werden, die den Patienten unbekannt sind und bleiben sollen? Hinterfragt niemand in den Parteizentralen, ob das System noch den gesetzlich Versicherten dient?

Ich finde es höchst irritierend, dass sich rund 50 Paragraphen im Sozialgesetzbuch V mit den Rechten und Pflichten der Versicherten befassen, aber gleichzeitig über 250 weitere Paragraphen notwendig sind, um die Versorgung durch die Leistungserbringer zu steuern. Ich finde es verstörend, dass die Regierungen innerhalb der letzten drei Legislaturperioden jährlich fünf bis sechs Mal in diese 250 Paragraphen eingreifen mussten, um die Funktionsweise des Versorgungssystems zu „optimieren“ und „Fehlansätze“ zu korrigieren – eine wohlklingende Umschreibung für ökonomische Auswüchse. Mir erscheint es politisch fahrlässig, wenn man noch nicht einmal diskutieren will, ob sich das System der „Selbstverwaltungspartnerschaft“ nicht vielleicht

bereits als Selbstzweck etabliert hat. Dient diese „Partnerschaft“ nur noch sich selbst?

Damit die Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA), der die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung in eigener Hoheit bestimmt, mehr Aufmerksamkeit erhält, schlägt der DPB ein aufschiebendes Veto-Recht der Patientenvertreter vor. Wie dieses aufschiebende Veto-Recht auszugestalten wäre, können Sie in diesem PSO Magazin ebenso lesen, wie die Bitte des DPB an den Bundesgesundheitsminister, den Beschluss des G-BA zum MTX-Pen erneut zu prüfen. Der DPB erkennt formale Fehler bei der Beratung, die bei einer Prüfung eigentlich hätten auffallen müssen.

Zudem befasst sich diese Ausgabe mit der Frage, welche neuen Aspekte es in der Systemtherapie der Psoriasis gibt und welche Auskunftspflichten Ärzte gegenüber ihren Patienten haben. Diskriminierung wegen Schuppenflechte bleibt auf der Tagesordnung, dieses Mal im Fitnessstudio.

Nicht nur als Geschäftsführer des DPB, sondern auch ganz persönlich erwarte ich von der neuen Bundesregierung, dass sie die ökonomisch-strukturellen Hemmnisse, die für die Unterversorgung der Menschen mit Psoriasis in Deutschland verantwortlich sind, umgehend beseitigt. Welche moralische oder ethische Begründung gibt es, dass Menschen mit einer lebenslangen, schicksalsbedingten Erkrankung leiden müssen, obwohl es längst die medizinischen Voraussetzungen gibt, dieses Leid abzustellen?

Gehen Sie wählen! Nur meckern bewegt nichts. Nutzen Sie Ihr Recht, allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim mitzubestimmen, wer Deutschland steuert. Demokratie ist ein Wert, der in anderen Ländern leider zunehmend notleidend geworden ist.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Detlev Kunz
DPB-Geschäftsführer